



EUROPA-UNION DEUTSCHLAND  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.  
Bahnhofstr. 48  
55218 Ingelheim am Rhein  
Tel.: 06132 714 5114  
Fax: 06132 716 2442  
E-Mail: [info@europa-union-rlp.de](mailto:info@europa-union-rlp.de)  
[www.europa-union-rlp.de](http://www.europa-union-rlp.de)

## **Geschäftsbericht 2016**

## 1. Politischer Lagebericht

Rückblickend auf das Jahr 2016 zog Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember eine zutreffende Bilanz: "Wir können mit Blick auf 2016 sagen, dass dies für uns, für die Europäische Union ein sehr bewegendes Jahr war. Erneut ein sehr bewegendes Jahr, nachdem 2015 uns durch die vielen Flüchtlinge voll gefordert hat. Insbesondere die Entscheidung Großbritanniens aus der Europäischen Union auszutreten, ist natürlich ein tiefer Einschnitt." Auch der EU-Kommissionschef Junker bezeichnete die Krise einen Dauerzustand in der EU, die durch den Brexit „Polykrise“ genannt wurde.

Das neue Jahr 2016 begann mit den gleichen Problemen, die im alten Jahr die Europapolitik dominierten. Tausende Flüchtlinge kamen täglich über die Balkanroute nach Europa. Österreich zog als erstes Land die Bremse und schloss seine Grenzen zu Slowenien und Ungarn. Die Balkanstaaten schlossen nach und nach ebenfalls ihre Grenzen. Flüchtlinge und Migranten stauten sich in Griechenland. Im März vereinbarten die EU und die Türkei eine wirksame Abschreckung von Flüchtlingen und Migranten. Alle Menschen, die von der Türkei aus Griechenland erreichten, sollten zurückgeschoben werden. Die EU beschloss ihre Außengrenzen stärker zu schützen. Der Plan ging zum Teil auf, die Zahl der Ankommenden sank dramatisch. Nach einem terroristischen Anschlag in Brüssel beschloss die EU verschärfte Ein- und Ausreisekontrollen auch für EU-Bürger und eine stärkere Zusammenarbeit der Geheimdienste. Die Zustände in den Flüchtlingslagern auf der griechischen Inseln Lesbos spitzten sich zu. Die vereinbarten Rückschiebungen in die Türkei fanden nicht statt. Viele EU-Mitgliedsstaaten weigerten sich weiterhin, wie vereinbart Flüchtlinge und Asylbewerber aus Griechenland und Italien umzuverteilen. Bis zum Jahresende konnte keine gesamteuropäische Lösung gefunden werden.

Bei einem EU-Sondergipfel in Februar erstritt der britische Premierminister David Cameron Ausnahmeregelungen für sein Königreich. Damit sollte der letzte Versuch gestartet werden, den Brexit zu verhindern. Das sog. Brexit-Referendum wurde für Juni angesetzt. Wider Erwarten wurde dieses vom „Nein-Lager“ gewonnen. Theresa May übernahm das Amt der Premierministerin und kündigte einen „harten Brexit“ an. Die 27 übrigen Mitgliedsstaaten lehnten Zugeständnisse an die Briten ab und forderten May auf, ihren Brexit-Plan zu präsentieren. Ende März 2017 sollte der Austritt bei der EU offiziell beantragt werden. Beim Gipfel in Bratislava berieten die 27 EU-Staaten im September über die Ziele der Gemeinschaft nach dem Ausscheiden Großbritanniens. Erneut gab es keine Einigkeit über die Migrationspolitik.

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan wehrte einen Putschversuch ab und rechnete mit den Gegner in Form einer Verhaftungswelle ab. Die EU kritisierte Erdogan zwar, mochte aber das Abkommen zum Flüchtlingsthema nicht gefährden. Das Europäische Parlament forderte wegen der Verletzung von europäischen Grundwerten in der Türkei ein Einfrieren der seit 11 Jahren stockenden Beitrittsverhandlungen. Die Außenminister der EU folgten dem nicht, wollten aber bis auf Weiteres keine neuen Beitrittskapitel eröffnen. Für die Balkanstaaten sollte der Beitritt weiter angestrebt werden.

Terroranschläge in Brüssel und Nizza erschütterten Europa. Die Ermittler gaben bekannt, dass einige Terroristen über die bis Februar offene Balkanroute kamen. Die Menschen verlangten Sicherheitsgarantien von der Politik. Dieses nutzten die rechtspopulistischen Kräfte im Wahlkampf in einigen europäischen Ländern aus. In Österreich scheiterte die rechtspopulistische "FPÖ" ganz knapp. Nicht ihr Kandidat Norbert Hofer, sondern Alexander Van der Bellen wurde Bundespräsident. Die Rechten fochten die Wahl erfolgreich an. Im Dezember wurde sie wiederholt. Alexander Van der Bellen gewann erneut, diesmal mit größerem Vorsprung. Die EU-Spitze wertete dies als Erfolg im Ringen mit den Populisten. Die FPÖ blieb in den Umfragen dennoch stärkste Partei in Österreich. In Frankreich nahm die rechtspopulistische "Nationale Front" sehr stark an Zuspruch in der Bevölkerung zu.

Im Oktober unterzeichneten die EU und Kanada das Freihandelsabkommen. Ob es zum Handelsabkommen TTIP mit den USA kommen würde, blieb ungewiss. Der Widerstand in einigen europäischen Ländern wuchs und auch der künftige US-Präsident Donald Trump äußerte sich sehr kritisch zu diesem Thema.

## **2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes**

Rückblickend auf die „Krisen“ der vergangenen Jahre stellte der Landesverband fest, dass die Herausforderungen für die EU nie größer gewesen seien als heute. Dabei habe man den Eindruck, Deutschland stände in vielen kritischen Fragen alleine da. Länder wie Ungarn und Polen gingen mit ihrer Kritik auf offene Konfrontation mit der deutschen Flüchtlingspolitik. Nach den vielen Monaten habe man den Eindruck, dass eine solidarische Lösung kaum mehr in der Flüchtlingsthematik in der EU möglich sein werde. Auf der anderen Seite sehe die Frage des Verbleibens von Großbritannien in der EU ganz anders aus. Plötzlich erlebe man die EU als geschlossen, um den „Brexit“ zu vermeiden. Mit Besorgnis wurden die nationalistischen Tendenzen im Osten Europas beobachtet, sowie die wachsende Zustimmung für die AfD in Deutschland, die nun auch in den rheinland-pfälzischen Landtag eingezogen ist. Der Landesvorstand distanzierte sich entschieden von diesen Tendenzen und beschloss als klares Zeichen einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD.

Als Zukunftslösung für die EU wurde immer öfters ein Europa der zwei Geschwindigkeiten diskutiert. Man war sich einig, dass die sog. „Euro- und Flüchtlingskrise“ nur die Schwächen aufzeige, die vorher schon da gewesen seien. In der Öffentlichkeit müsse man immer wieder darauf hinweisen, was genau kritisiert würde: das Projekt „Europa“ oder das Handeln der Mitgliedsstaaten? In diesem Bereich sah die Europa-Union eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Diese sollten durch verstärkte Bildungs- und Informationsarbeit sowie stärkere Öffentlichkeitsarbeit angegangen werden. In diesem Zusammenhang beschloss der Landeskongress die Landesregierung darum zu bitten, bei der grundlegenden Renovierung des Deutschhauses auch dafür zu sorgen, dass künftig auf dessen Dach bei Beflaggungsanlässen neben der Landes- und Bundesflagge gleichberechtigt die Europa-Fahne gesetzt werden soll. Gleichzeitig appellierte die Europa-Union an die Landesregierung, die Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2017 in Mainz mit der Europahymne aus der „Ode an die Freude“ der Neunten Symphonie von

Ludwig van Beethoven zu eröffnen oder sie zusammen mit der Nationalhymne abschließen zu lassen. Dies wäre ein deutliches Bekenntnis zu Europa.

### 3. Bildungsarbeit

Die europapolitische Bildungsarbeit stand auch in 2016 im Mittelpunkt der Arbeit des Landesverbandes. Neben dem Europäischen Wettbewerb und der Aktion „Europa in die Schule“ engagierte sich die Europa-Union im Zertifizierungsverfahren für die Europaschulen.

#### 3.1 Europäischer Wettbewerb

„Gemeinsam in Frieden leben“ - mit diesem Titel trat der 63. Europäische Wettbewerb mitten in den politischen Alltag und erreichte in 86 rheinland-pfälzischen Schulen 5651 Schülerinnen und Schüler. Aus insgesamt qualitativ guten Arbeiten der verschiedenen Gestaltungsarten ermittelte die Landesjury 152 Erste Landespreisträger, die vom Bildungsministerium zu der vom Landesverband organisierten zentralen Tagesveranstaltung nach Saarburg eingeladen wurden.



In der mittelalterlichen Stadt wurden rund 240 Preisträger, begleitende Lehrkräfte und Angehörige von Stadt- und Verbandsbürgermeister Dixius nicht nur willkommen geheißen, sondern auch gleich in die folgende Stadtrallye eingeführt. Nach kräftiger Stärkung in der Mensa des Gymnasiums, dessen Schulorchester die folgende Feierstunde musikalisch umrahmte, verband Landeswettbewerbsleiter Beygo den Wettbewerb mit europapolitischen Ereignissen und Ministerialrat Dr. Sundermann vom Bildungsministerium mit der örtlichen Geschichte. Manfred Däuwel lud zur neuen 64. Wettbewerbsrunde unter dem Motto „In Vielfalt geeint – Europa zwischen Tradition und Moderne“ ein und verwies dabei auf den Zusammenhang mit Europas jüngster Geschichte.

Bild: D. Lemle

Im Namen des Landesverbandes wurden die Preise und Urkunden des Bildungsministeriums an die polnischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Manfred Däuwel in feierlichen Veranstaltungen in Jelenia Góra, Gogolin und Tarnów überreicht.

#### 3.2 „Europa in die Schule“

Die Aktion wurde den Schulen für den Zeitraum vom 04.04. bis zum 31.05.2016 angeboten. Wegen Probleme mit der Terminfindung in den Schulen fanden einige Veranstaltungen erst im Juni und Juli statt. Insgesamt fanden 17 Veranstaltungen statt, an denen ca. 900 Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Die verantwortlichen Lehrkräfte bewerteten die Aktion als sehr hilfreiche Ergänzung und Unterstützung des Unterrichts. Gleichzeitig begrüßten sie die Fortsetzung der Aktion auch in den kommenden Jahren. Ein herzlicher Dank für die Mitwirkung gilt den honorarfrei arbeitenden Referenten.

## 4. Verbandsarbeit

### 4.1 Landesebene

Die Satzung des Landesverbandes wurde wegen der Verlegung des Vereinssitzes nach Ingelheim durch den Landeskongress geändert und dem Registergericht zur Eintragung vorgelegt.

#### 4.1.1 Organisationsstruktur

21 Kreisverbände bildeten den Landesverband in 2016. Die negative Tendenz in der Entwicklung der Mitgliederzahlen konnte in 2016 leicht gestoppt werden und der Landesverband konnte einen Netto-Zuwachs von zehn Mitgliedern verzeichnen. Vor allem junge Menschen entschieden sich für eine Mitgliedschaft, um damit ein Zeichen gegen die wachsenden Euroskepsis und Populismus zu setzen. Die meisten Neumitglieder hatten geworben:

*Dr. Norbert Herhammer* (Kreisverband Kaiserslautern) - 6 neue Mitglieder  
*Pascal Langer* (Kreisverband Trier) - 4 neue Mitglieder



Anlässlich seines 50. Jubiläums lud der Kreisverband Mayen-Koblenz den Landesvorstand und die benachbarten Kreisverbände zu einer gemeinsamen Vorstandssitzung und einem anschließenden Festakt in Mayen ein.

**Bild: A. Schneider**

#### 4.1.2 Landeskongress

In seiner Leitentschließung forderte der 40. Landeskongress, der in Landau unter dem Titel: „Europäische Union der Zukunft - Wege aus der Polykrise“ tagte, ein noch stärkeres Engagement aller in der Verantwortung stehenden Kräfte für eine Überwindung der gegenwärtigen Krisen. Hierzu gehöre eine funktionsfähige Alternative zum Dublin-System genauso wie die Sicherung der EU-Außengrenzen, ein gerechter Lastenausgleich bei der Aufnahme von Flüchtlingen und eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik. Insbesondere für den afrikanischen Kontinent komme der europäischen Entwicklungspolitik eine Schlüsselrolle zu. Mittelfristig sei die schrittweise Vollendung des Schengen- wie auch des Eurosystems anzustreben. Der Landeskongress wandte sich strikt gegen nationale Alleingänge und das Beharren auf uneingeschränkter nationaler Souveränität wie auch gegen die Forderungen nach genereller Rückverlagerung von Kompetenzen von der europäischen auf die nationale Ebene. Mit einem direkten Appell wandte sich der Kongress an die Landesregierung. Zu einem wurde die Regierung gebeten, bei der Renovierung des Landtagsgebäudes dafür zu sorgen, dass künftig auf dessen Dach bei Beflaggungsanlässen neben der Landes- und Bundesflagge gleichberechtigt die Europafahne gesetzt werden soll.

Zum anderen wurde die Landesregierung gebeten, die Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2017 in Mainz mit der Europahymne aus der „Ode an die Freude“ der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven zu eröffnen oder sie zusammen mit der Nationalhymne abschließen zu lassen.

Der zweitägige Kongress wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Dr. Volker Wissing und dem Oberbürgermeister der Stadt Landau Thomas Hirsch eröffnet. In seinem Vortrag „Darf der Brexit Schule machen?“ erinnerte Dr. Wissing an die Grundwerte Europas und an die Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Man müsse den Menschen in Europa deutlich machen, dass der europäische Kompromiss ein Wert an sich sei.

In ihrem Vortrag „Warum Europa eine Republik werden muss!“ aufzeigte Linn Wüstenberg vom European Democracy Lab, dass es an der Zeit sei, Europa neu zu denken. Als Grundstein gelte, dass alle europäischen Bürger die gleichen politischen Rechte haben. Es sei wichtig, dass die europäischen Regionen vernetzt unter



**Bild: A. Schneider**

einem gemeinsamen republikanischen Dach arbeiteten. Auf diese Grundlage müsse ein neuer europäischer Parlamentarismus gewählt werden, der dem Grundsatz der Gewaltenteilung genüge.

Die andauernden Krisen haben deutlich gezeigt, dass die Erwartungen an die EU sich gewandelt haben und in den jeweiligen Mitgliedsländern unterschiedlich seien. Diese Meinung vertrat Dr. Otto Schmuck, Vizepräsident der UEF und EUD-Präsidiumsmitglied in seinem Vortrag „Perspektiven der europäischen Einigung – Krisen überwinden und Fortschritte im Kreis der Willigen ermöglichen“. Die Schwierigkeiten, in einer größer werdenden EU Einigungsfortschritte zu erzielen, führten immer wieder zu Überlegungen hinsichtlich einer "differenzierten Integration". Auf diese Weise könnten sich die Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Zusammensetzung und mit abweichender Aufgabenstellung beteiligen.

Abschließend lud Ingo Espenschied alle Gäste zu einer multimedialen Zeitreise „65 Jahre Europa – das Vermächtnis der Gründungsväter“ ein.

Im verbandsinternen Teil wählte der Kongress Dr. Norbert Herhammer, bisher Stell. Landesvorsitzenden und Kreisvorsitzenden Kaiserlautern, zum neuen Landesvorsitzenden. Als Arbeitsschwerpunkte des Landesverbandes für die nächsten zwei Jahre nannte Dr. Herhammer die Unterstützung des Europäischen Wettbewerbs und die Förderung weiterer Zertifizierungen von Europaschulen in Rheinland-Pfalz. Hierzu sei eine noch engere Vernetzung und die Zusammenarbeit mit allen europapolitischen Akteuren in Rheinland-Pfalz erforderlich. Zudem liege ihm die Stärkung der Verbands- und Mitgliederstrukturen und eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit am Herzen.

### 4.1.3 Landesvorstand

In den Landesvorstand wurden gewählt:

Dr. Norbert Herhammer als Landesvorsitzender;

Jörg Saalbach und Dr. Dieter Schiffmann als stellvertretende Landesvorsitzende;

Holger Scharff als Landesschatzmeister;

Anna M. Schneider als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Weitere Mitglieder des Landesvorstandes wurden Günter Densborn, Klaus Eisold, Ingo Espenschied, Dr. Peter Keiner, Dr. Jörg Koch, Dr. Friedhelm Pieper, Lis Pink, Josef Schork.

Manfred Däuwel und Ernst-Ludwig Göpfert gehören dem Landesvorstand als Ehrenmitglieder an. Max Weigelin wurde als JEF-Landesvorsitzender Mitglied des Landesvorstandes.



Bild: A. Schneider

In dem Berichtszeitraum hielt der zurückgetretene Landesvorstand fünf Sitzungen ab, der neue Landesvorstand eine weitere. Die organisatorische Arbeit des Landesverbandes war Thema jeder Vorstandssitzung, die vom Geschäftsf. Vorstandsmitglied vorbereitet wurden. An dieser Stelle bedankt sich der Landesvorstand beim WBZ Ingelheim für die Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten für die Sitzungen des Landesvorstandes.

### 4.1.4 Landesgeschäftsstelle

Eine neue Geschäftsstelle im Zentrum von Ingelheim wurde eingerichtet. Mitarbeiterin Sanja Lucic war als Halbtagskraft vormittags in der Geschäftsstelle präsent. Dort erledigte sie Verwaltungsarbeiten für die Europa-Union und JEF, unterstützte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied und stand den Besuchern zur Verfügung. Die Buchhaltung wurde von Judith Lemle nebenamtlich erledigt.

### 4.1.5 Landesspezifische Aktivitäten / Kreisverbände

Zum Jahresauftakt lud der Landesverband in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration an der Uni



Mainz zu einer großen Diskussionsveranstaltung zum Thema der Flüchtlingspolitik in Europa. Über 200 Teilnehmenden diskutierten mit den Referenten Michael Richter (Autor und Regisseur), Prof. Dr. Dietrich Thränhardt (Uni Münster), Maik Boldau (ehem. Leiter mehrerer Flüchtlingsunterkünfte in Brandenburg) und Dr. Natascha Zaun, Uni Mainz, über die Herausforderungen der Migration und Integration für Europa und Deutschland.

Laut Richter waren schon seit 2012 verstärkte Fluchtbewegungen absehbar, da Millionen Kriegsflüchtlinge in Lagern in der Türkei und im Libanon ohne Perspektive untergebracht waren. Dr. Zaun stellte fest, die Politik habe erst reagiert, als die Probleme akut vor der Tür standen. Ein einheitliches Vorgehen des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates sei



notwendig. Dies sei bisher an der nationalistischen Politik von Mitgliedsstaaten gescheitert. Nach Boldau war es notwendig Hilfe zu leisten. Nun müssten sich die europäischen Mitgliedsstaaten endlich auf eine solidarische Lösung einigen. Prof. Thränhardt forderte, die Flüchtlinge müssten schneller über ihr Schicksal Bescheid wissen. Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft sollten ihre Anstrengungen auf die Integration derjenigen Flüchtlinge konzentrieren, die hier bleiben könnten. Aus dem Teilnehmerkreis wurde von der Politik eine ehrlichere Diskussion über Herausforderungen und Erfolge angemahnt.

Bild: A. Schneider



Mit einer großen Informationsaktion beteiligte sich der Landesverband am diesjährigem RLP-Tag in Alzey. Im gemeinsamen Europazelt der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union luden Mitglieder des Landesvorstandes, des Kreisverbandes Alzey-Worms, Vertreter des JEF-Landesverbandes und EuropeDirect aus Koblenz zur Teilnahme am Europa-Quiz ein und lieferten aktuelle Informationen zur EU. Die Jüngsten konnten unter pädagogischer Betreuung die Europa-Kletterpyramide besteigen. In den zahlreichen Gesprächen standen die Fragen der Sicherheit und der Zukunft der EU im Vordergrund.

Bild: A. Schneider



Auch in 2016 war die die Europawoche ein Arbeitsschwerpunkt des Landes- und der



Kreisverbände, die in unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktionen auf europapolitische Themen aufmerksam machten und sich bemühten, weitere Mitstreiter zu gewinnen. Diese Informationsarbeit ist Erwachsenenbildung und somit auch Teil der Bildungsarbeit der Europa-Union. Auch die zahlreichen Studienfahrten zu EU-Institutionen, in

**Bild: A. Schneider** Nachbarländer, sowie sachkundige Diskussionsrunden förderten die Völkerverständigung, Toleranz und sind somit eine wichtige Säule der politischen Arbeit des Verbandes.

An dieser Stelle muss auch die örtliche Unterstützung des Europäischen Wettbewerbs durch einige Kreisverbände erwähnt werden. Viele Kreisverbände lobten gemeinsam mit ihren Landräten und/oder Oberbürgermeistern Kreispreise aus, organisierten Kreisjurs und Feierstunden zur Überreichung der gestifteten Preise, in der Regel rund um die Europawoche.



**Bild: A. Schneider**

#### **4.1.6 Zusammenarbeit mit Landesparlament / Landesregierung / Bundestag/ Europaminister**

In 2016 waren ein Viertel der Landtagsabgeordneten Mitglieder der Europa-Union. Im Deutschen Bundestag gehörten 48 % der rheinland-pfälzischen Abgeordneten der Europa-Union an. Alle vier rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten gehörten dem Landesverband an. Im Bundestag und im Europäischen Parlament hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, sich der EUD-Parlamentariergruppe anzuschließen. Der gemeinsame Informations- und Meinungsaustausch mit den Abgeordneten fand überwiegend in den Kreisverbänden statt.

Neben bewährten Veranstaltungsformaten wie Vorträge und Podiumsdiskussionen, versuchten einige Kreisverbände die europapolitischen Inhalte in Form von moderneren Formaten zu präsentieren (z. B. Multimediashow). Die neuen Formen sollten neue technische Hilfsmittel einbinden und neue pädagogische Ansätze ausprobieren, um somit eine neue Generation von Teilnehmer anzusprechen.

An dieser Stelle ist die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung hervorzuheben. Die institutionelle Förderung, die jährlich dem Verband durch die Staatskanzlei gewährt wird, ermöglichte überhaupt erst die kontinuierliche Tätigkeit des Landesverbandes. Durch die Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium können seit Jahren der Europäische Wettbewerb und die Aktion „Europa in die Schule“ erfolgreich durchgeführt werden. Die Unterstützung der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union ermöglichte die Aktivitäten des Landesverbandes und der

Kreisverbände während der Europawoche sowie eine grosse Informationsaktion während des Rheinland-Pfalz-Tages.

#### **4.1.7 Öffentlichkeitsarbeit**

Die Stellungnahmen des Landesverbandes zu aktuellen europapolitischen Ereignissen wurden als Pressemitteilungen an die regionale und lokale Presse, an Mitglieder und Amtsträger verschickt. Die Mitglieder erhielten regelmäßig vom Bundesverband die Verbandszeitschrift „Europa aktiv“ in der der Landesverband eine eigene Seite präsentiert. Die wichtigsten Mitteilungen und Berichte des Landesverbandes wurden auf der eigenen Internetseite veröffentlicht und über den Internetdienst [www.europatermine.de](http://www.europatermine.de) wurde über die aktuellen europapolitischen Veranstaltungen informiert.

#### **4.2 Bundesebene**

Die vom Landeskongress gewählten Delegierten vertraten den Landesverband im Bundesausschuss, der im September 2016 gemeinsam mit dem JEF-Bundesausschuss in Berlin tagte. An der gemeinsamen EUD/JEF-Sommerakademie in Duisburg zu Verbandsentwicklungsthemen beteiligten sich bedauerlicher Weise nur wenige Mitglieder aus Rheinland-Pfalz. Die Stellv. Landesvorsitzende Simone Thiel gehörte dem EUD-Präsidium an.

Die wichtigsten verbandsinternen Themen wurden durch den Bundesverband mit den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern in regelmäßigen Telefonkonferenzen diskutiert bzw. besprochen. Alle Beschlüsse der Bundesorgane flossen in die Arbeit des Landesverbandes und der Kreisverbände ein.

#### **5. Jugendarbeit**

Die Jungen Europäischen Föderalisten Rheinland-Pfalz bilden die Jugendorganisation des Landesverbandes und sind auch Mitglieder der Europa-Union. Satzungsgemäß besteht eine personelle Vernetzung beider Verbände, die einen kontinuierlichen Informationsfluss gewährleistet. Der dem Landesvorstand kraft Amtes angehörende JEF-Landesvorsitzende Max Weigelin berichtete in den Landesvorstandssitzungen über die Arbeit seines Verbandes. Die Europa-Union unterstützte die JEF finanziell und in organisatorischer Hinsicht. Die gemeinsame Geschäftsstelle erledigte Verwaltungsarbeiten beider Verbände. Immer mehr Projekte (RLP-Tag, Diskussionsveranstaltungen) wurden in enger Zusammenarbeit auf Landes- und Kreisebene durchgeführt.

#### **6. Landesbeirat**

Als rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland bindet der Landesverband 41 Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen zum Landesbeirat zusammen. Der Landesbeirat ist eine lose Gruppierung, deren Mitglieder zu Veranstaltungen des Landesverbandes eingeladen werden.

## **7. Schlussbemerkung**

An dieser Stelle ist allen Unterstützerinnen und Unterstützern innerhalb und außerhalb des Verbandes herzlich zu danken. Es sind vor allem unsere Mitglieder, die durch ihre Mitgliedschaft freiwillig die vielfältige Arbeit des Verbandes fördern. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2016 gilt allen Europa-Union-Freunden ein herzliches Dankeschön des Landesvorstandes!